



**ParentsForFuture Karlsruhe**  
**c/o Laubenthal**  
**Indianring 36**  
**76149 Karlsruhe**

## Ihre Wahlprüfsteine zur Europawahl 2019

**02.05.2019**

Sehr geehrter Herr Laubenthal,

hier unsere Begründungen zu Ihren Thesen im Rahmen der Europawahl 2019, die wir alle mit einem eindeutigen „ja“ beantwortet haben.

### **1) Ab 2035 dürfen nur so viel Treibhausgase ausgestoßen werden, wie durch natürliche Prozesse (Wachstum von Pflanzen, etc.) wieder aufgenommen werden können (Nettonull).**

Mit dem Pariser Klimaschutzabkommen hat sich die Weltgemeinschaft das Ziel gesetzt, die Erderwärmung auf deutlich unter 2 Grad gegenüber dem vorindustriellen Niveau zu begrenzen. Will man dieses Ziel mit einer Wahrscheinlichkeit von 67% erreichen, dürfen nach aktuellem Stand für ein 2 Grad-Ziel noch 1114 Gigatonnen Treibhausgase weltweit in die Atmosphäre gegeben werden, für das Erreichen des 1,5 Grad-Zieles noch ca. 400 Gigatonnen. Verteilt man das Restbudget klimagerecht, bedeutet das für Deutschland ein Restbudget von ca. 7 Gigatonnen. Mit den heutigen Emissionen wäre dieses Restbudget bereits im Jahr 2025 verbraucht. Die Piratenpartei fordert sofortige deutliche Reduzierungsmaßnahmen in allen Bereichen (nur mit einer durchschnittlichen jährlichen Abnahme der Treibhausgas-Emissionen von 56 Millionen Tonnen erreichen wir das Jahr 2035, ab dem die Nettoemissionen dann Null wären). In ihrem Beitrag im Rahmen des öffentlichen Dialogs der Bundesregierung zur Aktualisierung der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie 2018 hat die Piratenpartei auf konkrete Maßnahmen der Treibhausgaseinsparung im Energie-, Verkehrs-, Agrar- und Bildungssektor verwiesen, mit denen auch das Klimaschutzziel 2020 noch erreichbar gewesen wäre [1]. Bereits im Europawahlprogramm 2014 hatte die Piratenpartei die Einführung einer Kerosinsteuer [2], im Bundestagswahlprogramm 2017 die Einführung einer CO<sub>2</sub>-Steuer und die Aufnahme des Nachhaltigkeitsprinzips als Staatsziel in das Grundgesetz gefordert [3].

#### **Bundesgeschäftsstelle der Piratenpartei Deutschland**

Telefon:  
+49 30 2757 2040  
Telefax:  
+49 30 6098 9751 7

#### **Bankverbindung: GLS**

**Gemeinschaftsbank eG**  
IBAN DE36430609677006027900  
BIC GENODEM1GLS

[1]

<https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975274/1504348/9948b30cdaa5f59c965b12dfe6910ef9/2018-08-23-zuschriften-dialog-institutionen-data.pdf?download=1> , ab Seite 8

[2]

[https://wiki.piratenpartei.de/Europawahl\\_2014/Wahlprogramm#Transparenz und fairer Wettbewerb in der europ.C3.A4ischen Verkehrspolitik](https://wiki.piratenpartei.de/Europawahl_2014/Wahlprogramm#Transparenz_und_fairer_Wettbewerb_in_der_europ.C3.A4ischen_Verkehrspolitik)

[3]

[https://wiki.piratenpartei.de/Bundestagswahl\\_2017/Wahlprogramm#Nachhaltigkeit](https://wiki.piratenpartei.de/Bundestagswahl_2017/Wahlprogramm#Nachhaltigkeit)

**PIRATENPARTEI**  
Deutschland

## **2) Der Kohleausstieg, also die Abschaltung aller Kohlekraftwerke, muss bis 2030 erfolgen.**

Kohlekraftwerke emittieren neben CO<sub>2</sub> auch große Gift- und Schadstoffmengen in die Umwelt. Daher sollten sie sogar möglichst früher als im Jahr 2030 abgeschaltet werden. Gaskraftwerke sind dank ihrer Einsatzfähigkeit innerhalb weniger Stunden in der Lage, die fluktuierende Stromerzeugung von Erneuerbaren Energien auszugleichen. Da die Energieversorgung nach der Energiewende vorwiegend strombasiert sein wird, muss eine größere Strommenge als heute erzeugt werden. Für größere saisonale Schwankungen ("Dunkelflauten") der Stromerzeugung mit erneuerbaren Energien, steht das Gasnetz als ausreichend großer Speicher bereits zur Verfügung und kann auch mit Biogas oder synthetisch erzeugtem Gas gefüllt werden. Da vermutlich zukünftig eine gesicherte Generatorleistung von 100-120 GW bereit gestellt werden muss (heute 84 GW), sollten Kohlekraftwerke auch aus diesem Grund wenn technisch möglich umgebaut werden. Erste Stadtwerke haben in Deutschland damit bereits begonnen.

## **3) Deutschland muss bis 2035 seinen gesamten Energiebedarf durch erneuerbare Energien decken. Das beinhaltet auch die Energie für Transport und Wärme-Erzeugung.**

Will Deutschland sein CO<sub>2</sub>-Restbudget nach dem Pariser Klimaschutzabkommen nicht überschreiten, wird bei einer linearen jährlichen CO<sub>2</sub>-Minderung [4] im Jahr 2035 die Energie für Strom, Wärme und Mobilität durch den Einsatz von Erneuerbaren Energien gedeckt werden müssen. Um dieses Ziel zu erreichen, ist der Aufbau entsprechender Speicherkapazitäten erforderlich. Daher hat die Piratenpartei bereits im Bundestagswahlprogramm 2017 ein Energiespeicherfördergesetz gefordert [5] Um ab dem Jahr 2035 eine Nettonull-Bilanz an Treibhausgasemissionen zu erreichen, muss auch die Land- und Forstwirtschaft auf CO<sub>2</sub>-neutrale Produktionsweisen - zum Beispiel humusaufbauend und ökosystemrestaurierend - ausgerichtet werden.

[4] <https://scilogs.spektrum.de/klimalounge/wie-viel-co2-kann-deutschland-noch-ausstossen/>

[5]

[https://wiki.piratenpartei.de/Bundestagswahl\\_2017/Wahlprogramm#Schaffung eines Energiespeicherf.C3.B6rdergesetzes](https://wiki.piratenpartei.de/Bundestagswahl_2017/Wahlprogramm#Schaffung_eines_Energiespeicherf.C3.B6rdergesetzes)

#### **4) Die Subventionen für die Förderung, Verarbeitung und Nutzung fossiler Energieträger (Kohle, Öl und Gas) müssen bis Ende 2019 beendet werden.**

Deutschland verfehlt die Klimaschutzziele. Dennoch ist Dieselkraftstoff immer noch steuerbegünstigt und sind Fluggesellschaften von einer Kerosinsteuer befreit. Ebenso widersinnig ist es, dass die Bundesregierung über KfW oder BAFA-Förderprogramme zum Beispiel immer noch Heizungssysteme auf Basis von Erdgas- oder Heizöl-Blockheizkraftwerken in Neu- oder Bestandsgebäuden fördert [6], obwohl eine Strom- und Wärmeversorgung auf Basis erneuerbarer Energien schon lange möglich ist. Bereits 2014 hat die Piratenpartei in ihrem Europawahlprogramm gefordert: "Öffentliche Subventionen für die fossile und nukleare Energiegewinnung untergraben den von uns angestrebten Wechsel hin zu einer zukunftsfähigen, klimafreundlichen und möglichst autarken Energieversorgung in Europa. Wir PIRATEN fordern die Abschaffung jeglicher Subventionen und Beihilfen für die Förderung fossiler und atomarer Energien. Dazu zählen insbesondere indirekte Beihilfen in Form von gesetzlichen Haftungsfreistellungen für Atomkraftwerke. Neben den direkten Subventionen stellt auch das Abwälzen von Kosten auf die Gesellschaft (z.B. Erschließung und Rückbau von Kraftwerken, Bergschäden, Schadstoffemissionen, Grundwasserhaltung und -entnahme, Steuerbefreiungen) eine versteckte Subvention dar. Eine nachhaltige Entwicklung ist nur möglich, wenn die Verursacher von gesellschaftlichen Kosten und Risiken auch den wahren Preis ihres Handelns zahlen. Deshalb müssen auch Brennstoffe entsprechend ihrer gesellschaftlichen Kosten (z.B. CO<sub>2</sub>-Ausstoß) besteuert ... werden. Auch der europäische Luftverkehr muss endlich vollständig in die Besteuerung von Brennstoffen miteinbezogen werden, um ungerechtfertigte Wettbewerbsvorteile abzubauen."

**PIRATENPARTEI**  
Deutschland

Ebenso muss man im Blick haben, dass die an Flächengrößen orientierten Milliarden-Agrarsubventionen dazu geführt haben, dass Agrarprodukte in Übermengen mit einer klimaschädlichen, humuszehrenden industriellen Landwirtschaft produziert werden. Die verarbeitende Industrie nimmt sie dann oft nur zu einem nicht kostendeckenden Preis vom Landwirt ab. Daher setzte sich die Piratenpartei bereits im Europawahlprogramm 2014 dafür ein, "dass künftig keine öffentlichen Gelder in Form von Agrarsubventionen ohne Gegenleistung in den Bereichen Klima, Umwelt, Natur sowie Tier- und Artenschutz vergeben werden. Dazu bedarf es einer laufenden Neubewertung dieser Leistungen im Hinblick auf ihren Nutzen für die Gesellschaft. Langfristiges Ziel ist ein Abbau der Agrarsubventionen. [7]"

[6] [https://www.co2online.de/foerdermittel/liste/einbau\\_bhkw/](https://www.co2online.de/foerdermittel/liste/einbau_bhkw/)

[7] [https://wiki.piratenpartei.de/wiki/index.php?title=Europawahl\\_2014/Wahlprogramm&oldid=2268677#Agrarsubventionen](https://wiki.piratenpartei.de/wiki/index.php?title=Europawahl_2014/Wahlprogramm&oldid=2268677#Agrarsubventionen)

#### **5) Bis Ende 2019 ist 1/4 der Kohlekraft abzuschalten.**

Nach der aktuellen Kraftwerksliste der Bundesnetzagentur sind in Deutschland derzeit Kraftwerke, die Braunkohle als einzigen Energieträger ausweisen mit einer Leistung von 16,2 Gigawatt (GW) und

Kraftwerke, die Steinkohle als einzigen Energieträger ausweisen mit einer Leistung von 18,1 GW in Betrieb [8]. Soll bis Ende 2019 1/4 der Kohlekraft abgeschaltet werden, kämen dafür Kraftwerke mit einer Inbetriebnahme vor 1980 und einer Leistung von 4,5 GW bei (Braunkohle) und 5,4 GW (Steinkohle) in Frage. Kraftwerke sind in der Regel nach 40 Jahren abgeschrieben und nach einem Gutachten des wissenschaftlichen Dienstes der Bundesregierung aus dem Jahr 2018 ist eine entschädigungslose Stilllegung solcher Kraftwerke möglich [9]. Damit verbliebe eine gesamte Kraftwerksleistung von 24,4 GW Kohlekraftleistung plus einer Leistung von Kraftwerken mit mehreren möglichen Energieträgern (zu denen auch Kohle zählt) in Höhe von 6,2 GW. Da die erforderliche tägliche Kohlekraftleistung bisweilen über 30GW liegt [10] und die am klimaschädlichste Braunkohleleistung reduziert wird, führt dies zu einer Senkung von CO<sub>2</sub>-Emissionen. Mit weiterem Zubau von erneuerbarer Stromerzeugungsleistung wird der Einsparungseffekt jedoch geringer. Eine wesentlich größere Menge an CO<sub>2</sub> würde durch die Änderung der Meritorder - eine geänderte Einsatzreihenfolge der Kraftwerke mit fossilen Energieträgern nach ihren geringsten CO<sub>2</sub>-Emissionen (ohne Berücksichtigung von sogenannten Vorketten-Emissionen, die in der Regel auf technische Fehler bei der Förderung und dem Transport zurückzuführen sind) - eingespart werden. Eine Analyse der Erzeugungsdaten des Jahres 2016 ergab theoretische CO<sub>2</sub>-Einsparungen in Höhe von ca. 100 Millionen Tonnen CO<sub>2</sub> und eine volkswirtschaftliche Kosteneinsparung von € 5 Mrd. für das Jahr 2016 [11].

[8]

[https://www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Downloads/DE/Sachgebiete/Energie/Unternehmen\\_Institutionen/Versorgungssicherheit/Erzeugungskapazitaeten/Kraftwerksliste/Kraftwerksliste\\_2019\\_1.xlsx?\\_\\_blob=publicationFile&v=2](https://www.bundesnetzagentur.de/SharedDocs/Downloads/DE/Sachgebiete/Energie/Unternehmen_Institutionen/Versorgungssicherheit/Erzeugungskapazitaeten/Kraftwerksliste/Kraftwerksliste_2019_1.xlsx?__blob=publicationFile&v=2)

[9]

<https://www.bundestag.de/resource/blob/579426/79b26fd54662407f696a224c9aa1955a/WD-3-360-18-pdf-data.pdf>  
[https://wiki.piratenpartei.de/wiki/images/6/63/Analyse\\_zur\\_Einsatzreihenfolge\\_von\\_fossilen\\_Kraftwerken.pdf](https://wiki.piratenpartei.de/wiki/images/6/63/Analyse_zur_Einsatzreihenfolge_von_fossilen_Kraftwerken.pdf)

[10] [https://www.agora-](https://www.agora-energiawende.de/service/agorameter/chart/conventional_power_generation/01.05.2018/01.05.2019/)

[energiawende.de/service/agorameter/chart/conventional power generation/01.05.2018/01.05.2019/](https://www.agora-energiawende.de/service/agorameter/chart/conventional_power_generation/01.05.2018/01.05.2019/)

[11]

[https://wiki.piratenpartei.de/wiki/images/6/63/Analyse\\_zur\\_Einsatzreihenfolge\\_von\\_fossilen\\_Kraftwerken.pdf](https://wiki.piratenpartei.de/wiki/images/6/63/Analyse_zur_Einsatzreihenfolge_von_fossilen_Kraftwerken.pdf)

## **6) Bis Ende 2019 muss eine Steuer auf alle Treibhausgasemissionen (CO<sub>2</sub>-Steuer) eingeführt werden.**

Bereits im Bundestagswahlprogramm 2017 hat die Piratenpartei die Einführung einer CO<sub>2</sub>-Steuer gefordert [12]. Durch sie ist es möglich, allen Gütern und Dienstleistungen, die mit Treibhausgasemissionen und der Emission weiterer Giftstoffe verbunden sind, einen fairen, volkswirtschaftlichen Preis zuzuweisen und dem Verursacherprinzip Rechnung zu tragen. Die Höhe der Steuer (Abgabe) sollte sämtliche Klima-/Umweltkosten berücksichtigen und damit an den Berechnungen

des Umweltbundesamtes von € 180 orientiert sein [13], einen Überblick findet man beim WDdB [14]. Für die gesellschaftliche Akzeptanz und Lenkungswirkung ist es unabdingbar, dass die aus einer solchen Steuer (Abgabe) erzielten Einnahmen vollständig mit einer sozialen Ausrichtung an die Bürger rückvergütet werden.

[12]

[https://wiki.piratenpartei.de/Bundestagswahl\\_2017/Wahlprogramm#Eine\\_CO2-Steuer\\_f.C3.BCr\\_fossile\\_Erzeuger](https://wiki.piratenpartei.de/Bundestagswahl_2017/Wahlprogramm#Eine_CO2-Steuer_f.C3.BCr_fossile_Erzeuger)

[13] <https://www.umweltbundesamt.de/presse/pressemitteilungen/hohe-kosten-durch-unterlassenen-umweltschutz>

[14]

<https://www.bundestag.de/resource/blob/559622/266b55977294ca9f45956c5d398173be/WD-8-027-18-pdf-data.pdf>

**PIRATENPARTEI**  
Deutschland

Für weitere Fragen stehen wir gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Thomas Ganskow

Bundeskoordinator Wahlprüfsteine

Dieses Schreiben ist maschinell erstellt und trägt keine Unterschrift.

**PIRATENPARTEI**  
*Deutschland*